

# Schranken für das europäische Strafrecht

Ein „Manifest zur Europäischen Kriminalpolitik“ / Von Professor Friedrich-Christian Schroeder, Regensburg

Das Strafrecht wurde bisher als Domäne der staatlichen Souveränität aus den Bestrebungen zur Rechtsvereinheitlichung in der Europäischen Union weitgehend ausgeklammert. Die ungenau umschriebene Kompetenz zum Erlass von Rahmenbeschlüssen, die für die Gesetzgebung der Einzelstaaten verbindlich sind, und eine nach Ausweitung strebende Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs schaffen dennoch ein immer engeres Netz von Vorschriften. Bei den Einzelmaßnahmen werden die anerkannten Grundsätze einer rechtsstaatlichen Strafgesetzgebung nicht immer eingehalten; die Rahmenbeschlüsse werden in vielen Einzelpunkten kritisiert.

Daher haben sich vierzehn jüngere Strafrechtswissenschaftler aus zehn Mitgliedstaaten der EU, gefördert durch die Münchner Ludwig-Maximilians-Universitäts-Exzellenzinitiative, zu einer „European Criminal Policy Initiative“ zusammengeschlossen. Unter ihnen sind die Professoren Cornelius Prittwitz aus Frankfurt am Main und Helmut Satzger aus München. Die Wissenschaftler nehmen an, dass die Entwicklung zu einem europäischen Strafrecht nicht mehr aufzuhalten ist, und sie haben daher gegen Ende des Jahres 2009 in der „Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik“ in einem Manifest zur Europäischen Kriminalpolitik Grundsätze für die europäische Strafgesetzgebung vorgelegt.

Die Verfasser haben die Grundsätze einer rechtsstaatlichen Kriminalpolitik in sechs Punkten zusammengefasst. Grundanforderung einer Strafvorschrift sei ein legitimer Schutzzweck, also der Schutz grundlegender Interessen, deren Beeinträchtigung in besonderem Maße sozial-schädlich sei. Dieses Erfordernis lasse sich auch aus dem allgemein anerkannten Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ableiten, wonach die scharfe Waffe des Strafrechts in einem angemessenen Verhältnis zu dem zu schützenden Gut stehen müsse. Es sei zum Beispiel bei der Forderung zur Bestrafung der sogenannten virtuellen Kinderpornographie verletzt worden, das heißt der Darstellung volljähriger Personen mit einem durch Computeranimation herbeigeführten minderjährigen Erscheinungsbild. Auch die Forderung nach einer Bestrafung krimineller Vereinigungen mit dem Ziel der Begrenzung von Straftaten mit einer Mindesthöchststrafe von vier Jahren bleibe ihre Begründung schuldig. Weiteres Erfordernis von Strafvorschriften sei, dass keine

milderen Mittel zum Schutz der Interessen zur Verfügung stehen (sogenanntes Ultima-Ratio-Prinzip). Diesen Grundsatz habe die europäische Rahmenbeschlussgebung wiederholt verletzt. Hierzu rechnen die Autoren die Forderung zur Bestrafung schon des Versuchs der Anwerbung und Ausbildung für terroristische Zwecke sowie der Teilnahme daran oder auch des Transports von Abfällen ohne Notifizierung aller beteiligten Be-

lehrer für die bloße Teilnahme und den Versuch. Von einem generellen Verbot der Bestrafung juristischer Personen, die in Deutschland teilweise wegen des Schuldgrundsatzes für unzulässig gehalten wird, sieht das Manifest allerdings ab; hier habe jeder Mitgliedstaat eigene Zurechnungsregeln zu entwickeln.

Ein klassischer Grundsatz des rechtsstaatlichen Strafrechts ist das Gesetzmäßigkeitsprinzip („nulla poena sine lege“ –

abhängig zu machen, die öffentliche Ordnung zu stören. Die Autoren sehen darüber hinaus rechtsverbindliche Vorgaben der Europäischen Union für nationale Strafgesetze als Verstoß gegen das Erfordernis eines parlamentarischen Gesetzes an. Diesen Mangel hat auch das Bundesverfassungsgericht bei seiner Würdigung des Vertrages von Lissabon gerügt. Das Manifest verlangte eine stärkere Beteiligung des Europäischen Parlaments.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip dürfe die europäische Union normativ nur tätig werden, wenn die angestrebten Ziele durch die Mitgliedstaaten nicht ausreichend erreicht werden könnten. Auch hiergegen sehen die Autoren Verstöße. So sei die Verpflichtung zur Bestrafung des Aufstachelns zum rassistisch motivierten Hass sowie des Leugnens des Holocausts unzulässig nur mit dem Bedarf an verbesserter internationaler Zusammenarbeit begründet worden. Damit laufe das Subsidiaritätsprinzip leer. Zweifelhafte sei es auch, den Einzelstaaten vorzuschreiben, aus rassistischen und fremdenfeindlichen Beweggründen heraus begangene Straftaten schärfer zu bestrafen als sonstige.

Das Kohärenzprinzip schließlich verlange eine Achtung der Schlüssigkeit der nationalen Strafrechtssysteme, die ihre durch den EU-Vertrag geschützte Identität ausmachen. Obwohl die Rahmenbeschlüsse mit ihrer eigenartigen Schaffung von Mindesthöchststrafen den Mitgliedstaaten für die Strafrechtsanwendung weitgehende Freiheit lassen, rügt das Manifest mit Recht auch dies, da dadurch das kriminelle Gewicht der bedrohten Handlungen erhöht werde. Die vorgegebenen Mindesthöchststrafen dürften daher nicht zu einer systemwidrigen Erhöhung der national angedrohten Höchststrafe führen.

Ein Überblick über die zahlreichen Rahmenbeschlüsse der Europäischen Union zum Strafrecht ergibt, dass diese sämtlich eine Verschärfung des Strafrechts sowohl hinsichtlich der erfassten Verhaltensweisen als auch hinsichtlich der Strafdrohungen vorsehen und daher zu einer verstärkten Punitivität geführt, aber bisher niemals eine Einschränkung des Strafrechts im europäischen Rahmen verlangt haben. Es war daher höchste Zeit, dem europäischen Strafgesetzgeber die Schranken seiner Gesetzgebungstätigkeit vor Augen zu halten.



hören durch die Richtlinie zum Umweltstrafrecht.

Ein weiteres rechtsstaatliches Postulat ist der Schuldgrundsatz, der im deutschen Strafrecht über das Erfordernis von Vorsatz oder Fahrlässigkeit hinaus zu einer Vorwerfbarkeit des zu strafenden Verhaltens entwickelt worden ist. Hierbei rügen die Autoren undifferenziert hohe Strafdrohungen für unterschiedlich schwere Handlungen, vor al-

Keine Strafe ohne gesetzliche Grundlage. Dieses wurde vor allem in Deutschland dahingehend weiterentwickelt, dass die Strafdrohung auch hinreichend bestimmt sein muss. Auch hier wirft das Manifest den europäischen Rechtsakten Mängel vor. So sei das „jugendliche Erscheinungsbild“ bei der virtuellen Kinderpornographie rechtlich nicht zu bestimmen. Unhaltbar unbestimmt sei es auch, die Bestrafung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von einer Eignung